

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex 08 66 648 pbbn d

Inhalt

38. Jahrgang / 41

1. März 1983

Dr. Renate Lepsius MdB,
Vorsitzende der Arbeits-
gruppe Frauenpolitik der
SPD-Bundestagsfraktion,
wirft der Bundesregierung
vor, Alleinerzieher und
Bundesverfassungsgericht
zu brüskieren: Ein fami-
lienpolitischer Skandal.
Seite 1

Rudi Schöffberger MdB fragt,
ob der Schuldenmacher
Strauß auf die Vergeßlich-
keit der Leute setzt:
12,4 Milliarden DM Netto-
kredite. Seite 3

Horst Jaunich MdB stellt
fest, daß die Spätaussied-
ler an der Bundesregie-
rung verzweifeln: Nicht
an den Ärmsten sparen.
Seite 4

Friedolin Scheuble analy-
siert, daß im Wahlkampf
die unterschiedlichen Pri-
oritäten deutlich wurden:
Trotz Lügen-Geschrei und
Diffamierungen.
Seite 5

Buchbesprechung
Konventionelle Überlegen-
heit des Warschauer Paktes?
Seite 7

Ein familienpolitischer Skandal

Die Bundesregierung brüskiert die Alleinerzieher und das
Bundesverfassungsgericht

Von Dr. Renate Lepsius MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik der SPD-
Bundestagsfraktion

Die steuerliche Lage der Alleinerzieher mit Kindern war
seit Jahren unbefriedigend. Sie haben im Gegensatz zu den
Verheirateten keinen Splittingvorteil. Zusätzlich sind sie
in aller Regel mit hohen Kinderbetreuungskosten belastet,
die völlig zwangsläufig anfallen, weil anders die Ausübung
eines Berufes nicht möglich ist, die aber gleichwohl bisher
steuerlich nur höchst unzulänglich berücksichtigt wurden.
Das Bundesverfassungsgericht hat nunmehr - am 3. November
1982 - in einer grundlegenden Entscheidung festgestellt, daß
diese doppelte Benachteiligung mit der Verfassung nicht
vereinbar ist. Das Gericht hat insbesondere nachdrücklich
darauf verwiesen, daß der für Alleinerzieher typische zwangs-
läufige Betreuungsaufwand steuerlich ausreichend berück-
sichtigt werden muß.

Die Entscheidung wurde allgemein begrüßt. Wenn die Allein-
erzieher, die sie zu ihren Gunsten erstritten haben, aller-
dings glauben, damit sei alles zum Positiven gewendet, dann
haben sie die ideologischen Scheuklappen der unionsgeführten
Bundesregierung übersehen. Sie werden sich die Augen rei-
ben, wenn sie erst einmal genau zur Kenntnis genommen haben,
wie die Bundesregierung auf diese Entscheidung reagiert hat.
Das ist ein familienpolitischer Skandal.

Zunächst einmal werden sie schlechter gestellt als vorher.
Sie verlieren den bis Ende letzten Jahres anwendbaren Kin-

derbetreuungsbeitrag, weil dieser von der CDU/CSU durch einen (niedrigeren) Kinderfreibetrag ersetzt wurde. Nun sollen auch noch die für die Betroffenen typischen Aufwendungen für die Fremdbetreuung der Kinder nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums nicht als allgemeine außergewöhnliche Belastung anerkannt werden, obwohl der Gesetzgeber mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 die Anwendbarkeit dieser Vorschrift ermöglicht hat.

Die meisten Fachleute sind der Auffassung, daß die steuerliche Begünstigung der außergewöhnlichen Belastung aufgrund des seit 1. Januar 1983 geltenden Rechts den Alleinerziehern zugute kommen muß. Die Bundesregierung hat jedoch bewußt gegen das Gesetz und gegen das Bundesverfassungsgericht entschieden. Sie ist befangen in einer Familienideologie, die das Familiensplitting als die vorgegebene Lösung aller Probleme ansieht. Dabei ist es offenkundig, daß das Familiensplitting - wenn es überhaupt eingeführt werden sollte - gerade den Alleinerziehern mit Sicherheit keinen ausreichenden Ausgleich für ihre besonderen Belastungen bieten kann. Da die Union aber trotz massiver Bedenken aller Fachleute aus ihrer ideologischen Sackgasse nicht mehr herausfindet, werden wir uns in Kürze dem rechtspolitisch höchst delikaten Tatbestand gegenübersehen, daß die Betroffenen die Umsetzung einer für sie günstigen Verfassungsgerichtsentscheidung vor den Finanzgerichten erstreiten müssen. Hier wie in vielen anderen Fällen zeigen CDU und CSU einen äußerst weitherzigen Umgang mit der Verfassung. Das zusätzlich ausgerechnet die Alleinerzieher die Zeche für dieses Verfassungsverständnis zahlen sollen, scheint die CDU/CSU-Familienpolitiker nicht zu interessieren.

(~/1.3.1983/ks/ca)

+ + +



Strauß nahm 12,4 Milliarden DM Nettokredite auf

Setzt der Schuldenmacher Strauß auf die Vergeßlichkeit der Leute?

Von Dr. Rudi Schöffberger

Mitglied des Deutschen Bundestages

Auf dem "kleinen CSU-Parteitag" vom 5. Februar 1983 sagte Franz Josef Strauß wörtlich (vergleiche Münchner Abendzeitung vom 7. Februar 1983, Seite 2):

"Ich werde in diesem Jahrhundert der einzige Finanzminister sein, der keinen einzigen Pfennig Schulden aufgenommen hat!"

Ähnlich hat sich Strauß bei vielen anderen Gelegenheiten gebrüstet.

Strauß war Bundesfinanzminister vom 1. Dezember 1966 bis zum 20. Oktober 1969 und damit verantwortlich für die Bundeshaushalte der Jahre 1967, 1968, 1969.

Die Nettokreditaufnahme des Bundes betrug laut amtlicher Statistik während der Amtszeit des Franz Josef Strauß

- im Haushaltsjahr 1967	6,642 Milliarden DM
- im Haushaltsjahr 1968	5,757 Milliarden DM
- im Haushaltsjahr 1969	1 Million DM

insgesamt also 12,400 Milliarden DM
=====

Ich interpretiere diesen Sachverhalt so:

Sicher ist, daß Strauß keinen einzigen "Pfennig", jedoch 12,4 Milliarden DM aufgenommen hat.

Für den Anspruch des bayerischen Ministerpräsidenten gibt es drei Möglichkeiten:

- sein Erinnerungsvermögen ist grob gestört;
- der rhetorische Gaul ist wieder einmal mit ihm durchgegangen;
- er setzt auf die Vergeßlichkeit der Leute.

Die offenkundige Strauß-Gedächtnislücke habe ich zum Gegenstand einer Schriftlichen Anfrage im Bundestag gemacht. Dabei gab es allerdings Schwierigkeiten. Bundestagspräsident Richard Stücklen (CSU) ließ nur den ersten Teil der Anfrage zu, in dem ich mich nach der Höhe der Nettokreditaufnahme des Bundes während der Amtszeit des Bundesfinanzministers Strauß erkundigte. Nicht zugelassen wurde die zweite Frage:

"Welchen Wahrheitsgehalt mißt die Bundesregierung dem wörtlichen Ausspruch des jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten "Ich werde in diesem Jahrhundert der einzige Finanzminister sein, der keinen einzigen Pfennig Schulden aufgenommen hat!" bei?"

Leider ist nicht damit zu rechnen, daß die jetzige Bundesregierung die Anfrage vor dem 6. März beantwortet. Keine Antwort wird vor dem Wahltag vermutlich auch von Strauß kommen, obwohl ich ihm brieflich mit den statistischen Schuldenzahlen einerseits und seinen jetzigen Aussagen andererseits konfrontiert und gebeten habe, mir den Widerspruch zu erklären.
(-/1.3.1983/ks/oa)

+ + +



Nicht an den Ärmsten sparen!

Spätaussiedler verzweifeln an der Bundesregierung

Von Horst Jaunich MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Am vergangenen Wochenende fand im Sprachzentrum Waldbröl eine Protestkundgebung gegen die zum 1. Januar 1983 beschlossenen Kürzungen der Leistungen nach der Sprachförderungsverordnung statt. Zu dieser Kundgebung kamen cirka 600 Spätaussiedler aus ganz Nordrhein-Westfalen.

In dem Aufruf der Teilnehmer heißt es zutreffend:

"Durch Kürzungen verringert sich das Unterhaltsgeld für Teilnehmer an Sprachkursen von 68 Prozent auf 63 Prozent der Bemessungsgrundlage und entfällt für einen Ehepartner ganz.

Wir können nicht verstehen, daß die jetzige Bundesregierung gerade bei uns solche einschneidenden Kürzungen vornimmt. Wir haben in unseren Herkunftsländern Hab und Gut zurückgelassen und dabei den Erklärungen der verschiedenen Bundesregierungen vertraut, daß sie alles unternehmen werden, um uns die Eingewöhnung in die Heimat unserer Vorfahren zu erleichtern.

Obwohl Bundeskanzler Kohl bei seiner Weihnachtsansprache in Friedland und vor kurzem erst Bundesinnenminister Zimmermann bei der Veröffentlichung der Aussiedlerzahlen für 1982 erklärt haben, alles daranzusetzen, den Aussiedlern das Eingewöhnen in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern, wird gerade dies durch die jetzt beschlossenen Kürzungen verhindert. In Zukunft ist es einem Ehegatten nicht mehr möglich, die deutsche Sprache in einem Sprachlehrgang zu erlernen. Dadurch wird unsere berufliche und soziale Eingliederung stark behindert. Was dies in einer Zeit steigender Arbeitslosenzahlen bedeutet, müssen wir wohl nicht extra betonen.

Wir fordern daher:

Rücknahme der Kürzungen!

68 Prozent Unterhaltsgeld für beide Ehegatten!"

Der in Nordrhein-Westfalen zuständige Sozialminister Professor Friedhelm Farthmann hat sich unter anderem an die Bundesminister Blüm und Zimmermann gewandt, die zum 1. Januar 1983 in Kraft getretenen einschränkenden Maßnahmen schnellstmöglich wieder zurückzunehmen, insbesondere auch deshalb, weil der Bundeshaushalt nicht zusätzlich belastet wird: Die für 1983 vorgesehenen 400 Millionen DM reichen ohne die nochmalige Verschlechterung aus, weil 1982 ein erheblicher Rückgang der Aussiedlerzahlen zu verzeichnen ist. (1981: 69.544; 1982: 48.170). Die bisherige Antwort war negativ. Der Bund der Mitteldeutschen hat in einer Presseerklärung einmütig die alsbaldige Rücknahme der neuen Verordnung verlangt und seine volle Solidarität mit den Aussiedlern bekundet.

Festzuhalten ist: Den Aussiedlern und den Sprachlehrern nutzt keine halbherzige Zusage des Bundeskanzlers. In dieser Frage muß es zu einer breiten Zusammenarbeit kommen, damit Bundestag und Bundesrat die reduzierte Verordnung schnellstens wieder rückgängig machen. Die Aussiedler dürfen nicht Opfer der Sparmaßnahmen werden. Wir dürfen nicht an den Ärmsten der Armen sparen. Die Deutschen aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion wollen als Deutsche unter Deutschen leben und müssen die Sprachförderung vollziehen, damit sie wirklich voll integriert werden können. (-/1.3.1983/ks/ca)

+ + +



Trotz Lügen-Geschrei und Diffamierungen

Die unterschiedlichen Prioritäten in der Arbeitsmarkt- und Abrüstungspolitik wurden im Winter-Wahlkampf deutlich

Von Fridolin Scheuble

Sprecher der bayerischen SPD

Der zu Ende gehende Winter-Blitzwahlkampf hat trotz des sprachlichen Donners, von dem er begleitet war, eines bewirkt: Die Bürger wurden, wenn auch im Eilverfahren, über die klar unterschiedlichen Prioritäten der beiden "Großen" informiert. Der Bürger hat am kommenden Sonntag alternative Wahlmöglichkeiten. Insbesondere in den beiden wesentlichsten Fragen, nämlich wie die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und wie die Abrüstung zu fördern sei, bieten CDU/CSU einerseits und SPD andererseits deutlich unterschiedliche Lösungen an.

Der Wähler kann darüber entscheiden

- ob der Wunderglaube an die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit dämpft oder ob die von der SPD und den Gewerkschaften geforderte aktive Beschäftigungspolitik mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen mehr bringt.
- ob mehr Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik den Frieden sicherer machen oder ob die Beendigung des atomaren Rüstungswahns die, wie die SPD und ihr Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel meinen, einzige Möglichkeit für das Überleben auf Dauer ist und ob, wie die SPD meint, zur Erreichung dieses Zieles mehr auf Nichtstationierung neuer Raketen gedrängt oder, wie die Union meint, mehr mit der Neustationierung gedroht werden soll.

Die von den Landeswahlleitern vorausgesagte hohe Wahlbeteiligung kann als Indiz dafür gewertet werden, daß die Bürger tatsächlich "hochpolitisiert" sind und klar sehen, daß es um entscheidende Weichenstellungen geht. Auch in der Person der Kanzlerkandidaten hat der Wähler eine erfreulich deutliche Alternative. Die SPD ist auf ihren Hans-Jochen Vogel stolz. Ihm gebührt nach Auffassung der Sozialdemokraten das Verdienst, in diesem Wahlkampf die unterschiedlichen Sachpositionen der beiden Großen präzise herausgearbeitet zu haben.

Die SPD ist aber auch stolz auf ihren Kanzlerkandidaten, weil er sich souverän geweigert hat, die Verwilderungen dieses Wahlkampfes mitzumachen. Er hat sich nicht



als Blitz- und Donner-Politiker, nicht als Verbalradikalist - von ihm war nicht ein einziges Schimpfwort zu hören - präsentiert, sondern als harter Sachpolitiker und, wo es nötig war, als Meister der gelassenen Ironie.

Kohl, Strauß und Co. fanden kein überzeugendes Rezept gegen Vogel. Sie traten mit vergifteten Pfeilen an, wobei das Geschoß in der Regel als Bumerang auf sie selbst zurückkam. Terrafinanz: Die Münchner etwa waren vorwiegend sauer darüber, daß ihnen die CSU "ihren Hans-Jochen" mit unbewiesenen Diffamierungen madig machen wollte.

"Mittelmäßigster Spießbürger": Ein besonders prächtiges Strauß-Eigentor, wie ihm sogar die "Frankfurter Allgemeine" bescheinigte.

Das von Stoiber und Geißler besonders bevorzugte "Lügen"-Vokabular, das sich in der "Robben-Lüge" bis zu echter Komik steigerte, hat viele Wähler bedauerlicherweise in ihrer Meinung bestärkt, daß sowieso alle Politiker lügen - was auf das Konto der Union geht -, nicht wenige Wähler aber auch zu der Überlegung veranlaßt, daß wahrscheinlich derjenige "Lüge" schreit, dem die Argumente fehlen.

Als dann noch Sozialdemokraten und Gewerkschafter als "unanständige Deutsche" und gar als "Verbrecher" gewürdigt wurden, hat's den meisten gereicht, auch sehr vielen Unionswählern, von denen zumindest ein Prominenter eben wegen dieses Unions-Vokabulars aus der CDU austrat.

Das Verleumdungsfinale schließlich bestritt - falls diese Woche nicht noch irgend etwas draufgesattelt wird - das Unions-Sonntagsblatt "BamS". Die SPD versagt sich, im Gegenzug darauf hinzuweisen, welcher bekannte CSU-Bundestagskandidat in der historischen Literatur als "weltanschaulicher Referent" des NSKK-Sturms 23/M 86 (NSKK = Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps) und als zeitweiliger "Offizier für wehrgeistige Führung" erwähnt wird.

Auch daß dieser bekannte CSU-Kandidat elf Jahre älter ist als Vogel und Anfang der vierziger Jahre anders als Vogel nicht minderjährig war, sei nur nebenbei erwähnt. Nicht unbeachtet soll aber bleiben, daß unweit von Rimsting am Chiemsee, wo ein Tierarzt auf einer CSU-Veranstaltung Vogel als "Handlanger Goebbels" darstellte, in Breithrum nämlich, die "Deutschlandstiftung" des anerkannten Rechtsreaktionärs Kurt Ziesel ihren Sitz hat. Aus solchen Quellen also scheint die CSU ihr Wahlkampffinale bestreiten zu wollen.

(-/1.3.1983/ks/ca)

+ + +



BUCHBESPRECHUNG

Phillip A. Karbers Studie über "Die konventionellen Kräfteverhältnisse in Europa 1965-1980" in: Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse, herausgegeben von Uwe Nerlich, Numos-Verlags-gesellschaft Baden-Baden, 1982, DM 39,--.

Konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts?

Karbers Anspruch ist es, Kräfteverhältnisse zu bestimmen, stattdessen lenkt er - schon zu Anfang seiner Studie - die Diskussion auf "Rüstungskonkurrenz". So muß das Urteil auch gleich lauten: "Thema verfehlt." Die Anzahl und Qualität von Waffen allein kann nämlich Kampfkraft nicht erklären: Zum einen sind Soldaten nötig, die das Gerät bedienen, einsetzen, reparieren und versorgen (drastische Erhöhung der Zahl von Systemen bei kaum verändertem Personalstand würde militärische Verbände nur unbeholfen und störanfällig machen), zum anderen hängt die Leistung einer Armee auch von ihrer Organisationsstruktur und der Befähigung der Führungskräfte ab (wenn wir die schwer greifbare "Moral der Truppe" einmal ausblenden).

Karber weiß, daß seine Argumentation hier eine offene Flanke hat. Doch hütet er sich wohl, auf diesen Aspekt näher einzugehen. Die Gefahr für sein quod est demonstrandum wäre zu groß. So beschränkt er sich im wesentlichen auf zwei Bemerkungen:

Zum einen sagt er, die Landstreitkräfte des Warschauer Pakts hätten die der NATO in Mitteleuropa personell "um 20 Prozent überholt". Diese wahrlich nicht dramatische Differenz schmilzt allerdings dahin, wenn man a la Verteidigungsweißbuch von 1979 die französischen Kräfte hinzuzählt, die in den westlichen drei Militärbezirken der UdSSR aber nicht berücksichtigt. Dies ist im Hinblick auf den gefürchteten "Angriff aus dem Stand" durchaus legitim.

Zum anderen argumentiert er, daß sich jeweils ein Regiment der sowjetischen Panzer- und mechanisierten Divisionen der NATO-üblichen Brigadegliederung annähere, womit die Ebene der "verbundenen Waffen" gesenkt und damit Standfestigkeit wie Flexibilität gestärkt würden. Was Karber als bedrohliche Maßnahme zu verkaufen sucht, ist nichts anderes als eine sehr verspätete, zögernde (nur eines von je vier Regimentern betreffende!) organisatorische "Nachrüstung" der anderen Seite. Bei uns gibt es die Brigadegliederung generell bereits seit den frühen 60er Jahren. Daß die Sowjetarmee sich mit der Einführung komplexer Verbandsstrukturen auf relativ niedriger Ebene - und damit der Delegation von Verantwortung - so schwer tut, liegt an systembedingten Schwächen der Auswahl und Ausbildung von Führungskräften sowie an der unzureichenden Ausstattung mit Führungsmitteln. Beides beobachtet der britische Experte John Erickson seit Jahren mit Akribie; Karber, der dessen Arbeiten kennt, verschweigt sie lieber.

Wenden wir uns Karbers Kernaussage zu: Danach rüstet der Warschauer Pakt die NATO - an der Zahl konventioneller Hauptwaffensysteme gemessen - an die Wand. Wegen technologischen Aufschlusses des Ostens wird es dem Westen immer weniger gelingen, gegnerische Quantität durch Qualität des eigenen Geräts auszugleichen. Dies ist besonders mißlich, weil die Stückzahlkurve des Ostens weiterhin steil aufwärts weist.

Stellen wir dieser Aussage eine Alternative gegenüber, die besser zu belegen ist:

Daß der Warschauer Pakt zunächst zahlenmässig schneller zugelegt hat als die NATO, ist wegen der Qualitätssprünge bei westlichen Waffen nur allzu verständlich. Da die Führung der Sowjetarmee - etwa seit Mitte der 60er Jahre - deutlich der Zweifel plagt, ob sich mit hohen Stückzahlen primitiven Geräts eine drohende Qualitätsschere schließen läßt, wird auf Teufel komm' raus in High Technology investiert. Dies aber beschert der sowjetischen Rüstungsindustrie, die derartige Modernität nicht aus sich heraus generieren kann, eine sehr ernste Krise. Die Folge: Abnahme der Zahl von Hauptwaffensystemen bei mühseliger Anhebung der Qualität, die freilich - nach wie vor - dramatisch hinter der westlichen zurückbleibt. Sisyphos läßt grüßen!



Belegen wir zunächst den quantitativen Aspekt: Laut "Military Balance" (MB) des Londoner IISS ist die zahlenmäßige Stärke folgender, wichtiger Waffenkategorien der Sowjetarmee von 1981/82 auf 1982/83 zum Teil drastisch zurückgegangen: Jagdflugzeuge der Heimatluftverteidigung, Jagdbomber und Kampfhubschrauber der Frontfliegerverbände sowie Kampfpanzer (Stagnation beim übrigen Gerät der Landstreitkräfte). Als Kontrast: Karber behauptet für den Warschauer Pakt eine jährliche Kampfpanzerproduktion von 22.000 Stück. Ist das eine Freud'sche Fehlleistung oder ein Druckfehler? Streicht man eine Null, langt man jedenfalls in der Größenordnung an, die MB für die UdSSR annimmt (nur 2.000 T64/72 mehr als vor einem Jahr). Das bedeutet, daß die stattliche Panzerstreitmacht der Sowjetunion in den kommenden Jahren entweder rapide veralten und/oder sich verringern würde.

Zum qualitativen Aspekt: Ein Aufholen der Sowjetarmee auf breiter Front läßt sich nur belegen, wenn man in die Werkzeugkiste des Roßtäuschers greift. Karber führt das beispielhaft vor: Durch willkürliche Auswahl von Leistungsmerkmalen sucht er plausibel zu machen, daß der Osten mit dem T64/72 bereits Mitte der 70er Jahre einen Kampfpanzer der "vierten Generation" eingeführt habe, der Westen mit Leopard 2 und M 1 (die er auch dieser Entwicklungsstufe zurechnet) nur nachrüstete. Rolf Hilmes, einer der führenden deutschen Experten auf diesem Gebiet, unterscheidet nur drei Hauptgenerationen in der Evolution der Kampfpanzer nach dem Zweiten Weltkrieg und diskutiert den T64/72 in einer "Zwischengeneration" - zusammen mit dem Leopard 1A4 und dem israelischen Merkava. Das heißt auch, daß die andere Seite unseren neuen Leo 2 und M 1 im Augenblick noch nichts Gleichwertiges entgegensetzen kann.

Doch Karber tut ein Übriges: Er dichtet - ohne Beleg - den Pfeilgeschossen aus der Kanone des T64/72 an, den stärksten Frontpanzer eines NATO-Fahrzeuges auf mehr als 2.000 Meter durchschlagen zu können (den korrekten Wert, nur 1.500 Meter, hätte er im israelischen "Bamachaneh" oder in der schweizerischen ASMZ 12/80 gefunden).

Stutzig macht auch, daß er den sowjetischen Kampfschützenpanzer BMP1 für "zu den besten gehörig" hält: Müßte er doch damit rechnen, daß manch einer sich seiner harschen Kritik an diesem Vehikel aus dem Jahre 1977 erinnert.

Ärgerlich ist schließlich, daß Karber versucht, eine wachsende Luftbedrohung aus dem Vergleich verschiedener Generationen sowjetischer Flugzeugmuster untereinander zu konstruieren: Klar, daß die jüngeren leistungsfähiger sind als die älteren. Doch auch er muß zugeben, daß - qualitativ gesehen - die sowjetische Antwort auf die amerikanischen F14/15/16 noch aussteht. Da hilft es wenig, wenn auf entsprechendes Gerät im Versuchsstadium verwiesen wird. Wann es eingeführt und welches Leistungsprofil es haben wird, ist noch offen. Schon jetzt freilich beträgt hier der Rückstand des Warschauer Paktes nahezu zehn Jahre.

Fazit: Karbers "Belege" tragen nicht das, was er am Ende ableitet - die Aussage, der Warschauer Pakt habe sich neue, realistische Angriffsoptionen im konventionellen Bereich erwirtschaftet, die das westliche Abschreckungssystem aus dem Gleichgewicht zu bringen drohen. Vor allem ihr "Forschungsstil" läßt Karbers Studie als ungeeignet erscheinen, eine konventionelle Aufrüstung der NATO zu legitimieren. In diesem Sinne hat die durch das Bundeskanzleramt finanzierte Stiftung Wissenschaft und Politik, von der Karber wohl im Hinblick auf eine solche Legitimation den Auftrag erhielt, Steuermittel verschwendet. Die Stiftung hätte sich davor bewahren können, vermochte doch einer ihrer Mitarbeiter, Peer H. Lange, schon vor Jahren nachzuweisen, daß Phillip A. Karber, der sich offenbar darauf spezialisiert hat, gegen Geld etwas gewalttätig mit Informationen umzugehen, bei genauerem Hinsehen leicht zu überführen ist.

Lutz Unterseher,
Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik SAS

(-/1.3.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

